

II-2742 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1445 1J

1991 -07- 0 9

## ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Straßenprojekt "Südrandstraße (B301)"

Verkehrspolitische Maßnahmen sind in hohem Maße für die Lebensqualität einer Region verantwortlich und werden in Zukunft noch wesentlich bestimmenderen Einfluß gewinnen. Die Bevölkerung in der Region südlich von Wien (zwischen Vösendorf und Schwechat) sah sich in letzter Zeit mit Plänen zur Errichtung der Südrandstraße (B301) konfrontiert, einer Verbindung zwischen der Ost-Autobahn (A4) mit der Süd-Autobahn (A2), und damit auch der A3, der A21 und der A1.

Große Teile der Bevölkerung sehen in einem solchen Projekt eine zusätzliche Belastung für eine Region, in der die dort lebenden Menschen bezüglich der Umwelt- und Lebensqualität schon jetzt schwerste Beeinträchtigungen zu erdulden haben. Nach Meinung der Betroffenen käme es durch eine Autobahn-Verbindung - in der Form, wie sie in der Bundesstraßengesetz-Novelle (1990) beschlossen worden ist - zu einer exorbitanten Steigerung des Transitverkehrs und aller damit verbundenen Lärm- und Schadstoffprobleme.

Deswegen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

### ANFRAGE:

1. Liegt der für Ende Mai angekündigte vorläufige Endbericht der ASAG bereits vor?
  - a) Welchen Inhalt hat er?
  - b) Welche auffälligsten Ergebnisse sind zutage getreten und welche Konsequenzen sind daraus ableitbar?
2. Wie beurteilen Sie die bisher von der *Autobahnen- und Schnellstraßen AG* (ASAG) vorgelegten Trassenvarianten im Hinblick auf eine für die Bevölkerung dadurch zu erwartende Verbesserung oder Verschlechterung der gegenwärtigen Belastungssituation?

3. Stimmt es, daß die von der ASAG vorgelegten Erhebungsergebnisse (bezüglich der Aufteilung zwischen Ziel- und Quellverkehr und dem Durchzugsverkehr, aber auch was den Verlauf und die Stärke der Verkehrsströme anlangt) von den ursprünglichen Annahmen und Erwartungen wesentlich abweichen?  
Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?
4. Stimmen Sie zu, daß eine verantwortungsbewußte Interpretation und eine sorgfältige Abwägung aller verfügbaren Daten eine grundlegende Revision der bisher getroffenen gegenständlichen Beschlüsse als sinnvoll und notwendig erscheinen lassen?
5. Stimmt es, daß seitens Ihres Ministeriums mittlerweile ein Zusatzauftrag an die ASAG ergangen ist?
  - a) Welchen Inhalt hat er?
  - b) Welche verkehrspolitischen Planungsprämissen sind ihm zugrundegelegt?
  - c) Mit welcher Terminvorgabe ist der Zusatzauftrag verbunden?
6. Welchen Stellenwert und welches Gewicht nimmt der ÖPNV in den verkehrspolitischen Überlegungen Ihres Ministeriums ein (betreffend die Region südlich von Wien auf der Achse Vösendorf-Schwechat)?
7. Bezüglich der Region südlich von Wien (zwischen Vösendorf und Schwechat): Wie beurteilen Sie die Kompatibilität der Überlegungen des Niederösterreichischen Landesverkehrskonzeptes mit dem noch immer aufrechten Beschluß des Nationalrates (Bundesstraßengesetz-Novelle 1990), eine Verbindungsstraße zwischen den Autobahnen A4 und A2 zu bauen?
8. Wie bewerten Sie die Voraussagen und Befürchtungen von Verkehrsexperten und sämtlicher Bürgerinitiativen der Region, daß durch eine mehrspurige Verbindung von A2 und A4 keine Entlastung der Bevölkerung erzielt werden könnte, sondern daß es zu einer zusätzlichen Ansaugwirkung, vor allem für den internationalen Transitverkehr kommen würde?
9. Wie beurteilen Sie - im Lichte der Tatsache, daß die Region zwischen Vösendorf und Schwechat einen hohen Anteil sogenannten "selbstgemachten" Verkehrs (Ziel- und Quellverkehr, Zwischenortsverkehr) aufweist - die Möglichkeiten, eine Reduktion des Anteiles des *motorisierten Individualverkehrs (MIV)* zu erreichen?
10. Wie beurteilen Sie den Handlungsbedarf für Ihr Ministerium, in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, sowie den verschiedenen Trägerorganisationen des *Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR)* für eine Verbesserung des Angebotes im Bereich des ÖPNV zu sorgen? Welche konkreten Maßnahmen und Handlungen werden Sie setzen?

11. **Wie soll die weitere Vorgangsweise - das Projekt "Südrandstraße" und das weitere verkehrspolitische Geschehen in der genannten Region generell betreffend - erfolgen?**
12. **Welche ernsthaften Schritte werden Sie unternehmen, um ein höchstmögliches Maß an Bürgerbeteiligung zu gewährleisten?**